

## Offen für alle Patientenfragen

VON STEFAN SAUER, 30.01.07, 21:32h

**Berlin** - Es geht um die Fahrtkosten zum Krankenhaus und ob sie erstattet werden, um alternative Behandlungsmöglichkeiten, ärztliche „Kunstfehler“ oder unverstandene Schreiben von der Krankenkasse. Der Beratungsbedarf in Sachen Gesundheit ist enorm. Allein in der Dienststelle der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel (SPD) gingen seit 2004 mehr als 60 000 Anfragen ein. Nun soll das Angebot überall im Lande, das bisher auf 30 sehr unterschiedlichen Modelleinrichtungen fußte, verbessert und vereinheitlicht werden.

Mit der Gründung der „Unabhängigen Patientenberatung Deutschland“ (UPD) werden 22 regionale Stellen für eine kostenlose persönliche Beratung eingerichtet. Hinzu kommen vier überregionale Beratungszentren für Bereiche Zahnmedizin, Essstörungen und Arzneimittel sowie eine bundeseinheitliche Telefonberatung.

„Die Patientenberatung wird damit auf ein höheres Kompetenzniveau gehoben“, sagte die Vorsitzende des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (vzbv), Edda Müller, am Dienstag in Berlin. Die Gesundheitsreform werde den Bedarf an qualifizierter Beratung weiter wachsen lassen.

Die UPD wird mit jährlich 5,1 Millionen Euro von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert - für zunächst fünf Jahre. Sie löst den bisherigen Modellversuch mit 30 untereinander nicht koordinierten Beratungsangeboten ab. „Diese Struktur hat sich nicht bewährt, schon weil die Beratungsstellen während ihrer fünfjährigen Tätigkeit fast unbekannt geblieben sind“, sagte Erwin Dehlinger vom AOK-Bundesverband.

Die Gesellschafter der Unabhängigen Patientenberatung - neben den Verbraucherzentralen der Sozialverband VdK und der Verbund unabhängiger Patientenberatung - wollen eine „qualitativ hochwertige und interessenunabhängige Beratung“ garantieren, betonte Kühn-Mengel. In jeder der 22 Beratungsstellen - darunter auch eine in Köln - stehen drei Fachleute für Gesundheit, für rechtliche Fragen und psychosoziale Probleme mindestens 16 Stunden pro Woche zur Verfügung. Gebühren werden nicht erhoben.

Beratend steht der UPD ein wissenschaftlicher Beirat und die Prognos AG zur Seite, die auch an der Erfolgskontrolle mitwirken. Sollte sich das Modell bewähren, könnte die Patientenberatung als Regelleistung in den Kassenkatalog aufgenommen werden. In diesem Zusammenhang kritisierten die Gesellschafter, dass bisher keine finanzielle Beteiligung der Privaten Krankenversicherungen vorgesehen ist. Und das, obwohl überdurchschnittlich viele Privatpatienten die bisherigen Angebote nutzen.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1170147175252>

**FENSTER SCHLIESSEN**

Copyright 2007 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.